

Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Generationen,
Soziales und gesellschaftliche Integration

Sitzungstermin: Dienstag, 19.04.2016
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:00 Uhr
Raum, Ort: Stadthalle Vennehof, Raum Whitstable

Anwesend sind:

stellv. Vorsitzende/r:

Stumpf, Hubert

CDU:

Aehling, Bernadette

Börger, Hubert

Vetr. für Frau Keller

Fellerhoff, Jürgen

Vetr. für Herrn M. Tubes

Kranenburg, Marius

Merkel, Jutta

sachk. Bürger/in

Niehoff-Elsing, Birgitta

Nikolov, Nico

Vetr. für Herrn Borchers

Stork, Günter

Ortsvorsteher

Tautz, Jürgen

Ortsvorsteher

SPD:

Fritz-Hummelt, Ulrike

Iciger, Yahya

Vetr. für Herrn Grotzky

Kindermann, Evegret

Niemeyer, Jürgen

UWG:

Beckmann, Diana

sachk. Bürger/in

Ebbing, Brigitte

Vetr. für Frau Menker

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Martsch, Christina

sachk. Bürger/in

Gäste:

Busch, Werner

Großmann, Günter
 Hülsmann, Sabine
 Köttendorf, Nadine
 Schlüter, Pascal
 Wilkens, Hans-Günther

Verwaltungsmitarbeiter/in:

Nießing, Norbert n 1. Beigeordneter der Stadt Borken
 Thies, Christoph Fachbereichsleiter

Schriftführer/in:

Kaßner, Andreas

Abgewickelte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 3 Ernennung des Schriftführers
Vorlage: V 2016/076
- 4 Unterbringung der Nichtsesshaften und der Obdachlosen in der Stadt
Borken und den nächstgelegenen Einrichtungen - Antrag der SPD-
Fraktion vom 21.02.2016
Vorlage: V 2016/081
- 5 Sozialer Wohnungsbau in Borken - Antrag der SPD-Fraktion vom
21.02.2016
Vorlage: V 2016/082
- 6 Initiative der Lebenshilfe Borken e.V. bzgl. der Einrichtung eines
Inklusionsmanagers
Vorlage: V 2016/095
- 7 Anteilige Förderung des Mehrgenerationenhauses durch die Stadt
Borken - Antrag der DRK gGmbH vom 24.02.2016
Vorlage: V 2016/083
- 8 Sachstandsbericht über die aktuellen Entwicklungen der Flüchtlinge und
Asylbewerber in der Stadt Borken
- 9 Jahresberichterstattung 2015 in den Bereichen der Leistungsgewährung
nach dem SGB II und SGB XII
- 10 Mitteilungen und Anfragen

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die **Ausschussvorsitzende Frau Gliem** kann krankheitsbedingt den Vorsitz nicht übernehmen und meldet sich ab. Der **stellv. Ausschussvorsitzende Herr Stumpf** übernimmt den Vorsitz.

Der **stellv. Ausschussvorsitzende Herr Stumpf** eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßt die Erschienenen, insbesondere die Referentinnen und Referenten zu den verschiedenen Tagesordnungspunkten.

Vor Eintritt die weitere Tagesordnung verpflichtet er **Herrn Iciger** als neues stellv. Ausschussmitglied durch Nachsprechen der Eidesformel zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Es werden keine Fragen gestellt.

zu 3 Ernennung des Schriftführers Vorlage: V 2016/076

Beschluss:

Herr Andreas Kaßner wird zum Schriftführer bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme

zu 4 Unterbringung der Nichtsesshaften und der Obdachlosen in der Stadt Borken und den nächstgelegenen Einrichtungen - Antrag der SPD-Fraktion vom 21.02.2016 Vorlage: V 2016/081

Auf Grundlage des Antrages der SPD-Fraktion zur Unterscheidung der Begriffe Nichtsesshaftigkeit und Obdachlosigkeit sowie zur Verdeutlichung und Abgrenzung der Aufgaben und Konzepte der mit diesem Personenkreis betrauten Behörden, Einrichtungen und Vereine wurde eine Vorlage durch die Verwaltung erstellt.

Die Aufgabenstellung der Stadt Borken in diesem Kontext wurde schon in der Vorlage umfassend erläutert.

Darüber hinaus wurden eine Vertreterin des Hauses Maria Veen sowie Vertreter des Vereins „Ein Dach über dem Kopf“ zur Sitzung eingeladen, um die Aufgaben und Konzepte der Einrichtungen vorzustellen und die Unterschiede deutlich zu machen.

Frau Hülsmann, pädagogische Leiterin des Hauses Maria Veen, stellt an Hand einer ausführlichen Präsentation die rechtlichen Grundlagen, die Struktur und Konzeption der Einrichtung vor. Sie macht deutlich, dass es sich um eine stationäre Einrichtung der Wohnungslosenhilfe handelt. Den dort lebenden Menschen wird Hilfe in besonderen Lebenslagen verbunden mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, Eingliederungshilfe und Hilfe zum Lebensunterhalt in stationären Einrichtungen auf Grund gesetzlicher Regelungen angeboten. In verschiedenen Wohnkonzepten wird über eine Strukturierung der Lebenssituationen versucht, die Problemlagen zu verringern, eine Vermittlung in spezifische Angebote und womöglich eine Verselbständigung zu erreichen. Die Mitwirkung und Zusammenarbeit der Bewohner mit den Sozialarbeiter/innen bei der Umsetzung der Hilfepläne ist unabdingbarer Bestandteil des Aufenthaltes im Haus Maria Veen.

Die Präsentation ist zur Information als Anlage 01 der Niederschrift beigelegt.

Die **Herren Großmann und Busch** stellen deutlich heraus, dass niemand, der um Aufnahme in das Haus des Vereins „Ein Dach über dem Kopf“ bitte, abgewiesen werde. Man kümmere sich umfassend um die Belange der Bewohner, hierzu zähle neben der Unterbringung etwa auch die Begleitung bei Behördengängen und Arztbesuchen. Eine konkrete Konzeption oder Hilfeplanung für die Bewohner zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten sowie eine Betreuung durch speziell hierzu ausgebildete Sozialpädagogen/-arbeiter gebe es jedoch nicht. Es werde versucht, die Vermittlung in eigene Wohnungen und damit die Verselbständigung zu erreichen. Bei dem Haus handele es sich um eine Notunterkunft, es seien aber auch etliche der Bewohner zumindest über mehrere Monate dort wohnhaft. Der Verein finanziere seine Arbeit über die Mieteinnahmen von den Bewohnern sowie auch aus Einnahmen aus dem hauseigenen Blockheizkraftwerk, aber auch aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen.

Auf Nachfrage erklären sie, dass wohl bis zu 90 Prozent der Bewohner aus Borken und dem Umland kommen würden.

Anmerkung der Verwaltung: Nach Auswertung der Meldedaten kommt nachweislich mindestens ein Drittel der Bewohner des Hauses nicht aus Borken und seinem Umland. Eine exakte Angabe ist nicht möglich, weil viele Bewohner vor dem Zuzug nach Borken einwohnerrechtlich nicht lückenlos erfasst waren.

zu 5 Sozialer Wohnungsbau in Borken - Antrag der SPD-Fraktion vom 21.02.2016 Vorlage: V 2016/082

Mit Schreiben vom 21.02.2016 hat die SPD-Fraktion die Behandlung des Tagesordnungspunktes „Sozialer Wohnungsbau in Borken“ verbunden mit einem umfangreichen Fragenkatalog beantragt. Die Fragestellungen wurden im Wesentlichen in der Vorlage zur Sitzung aufgegriffen und beantwortet.

Ergänzend führt der **Erste Beigeordnete Herr Nießing** aus, dass hinsichtlich der Perspektive für eine Bleibedauer von Flüchtlingen berichtet werden kann, dass erste Ergebnisse einer kreisweiten Befragung vorlägen. Es zeichne sich die Tendenz ab, dass mindestens 60% der Flüchtlinge nach einer Anerkennung den Kreis Borken

verlassen wollen, um in Großstädte zu ihren Verwandten zu ziehen. Es sei jedoch weiterhin offen, ob eine Residenzpflicht für den betroffenen Personenkreis durch das noch nicht verabschiedete Integrationsgesetz gesetzlich vorgeschrieben werde. In diesem Zusammenhang sei auch die weitere Verwendung der zahlreichen Gebäude in der Prüfung, die zur Unterbringung der in den letzten Monaten zugewiesenen Flüchtlinge von der Stadt Borken erworben worden seien.

zu 6 Initiative der Lebenshilfe Borken e.V. bzgl. der Einrichtung eines Inklusionsmanagers
Vorlage: V 2016/095

Herr Wilkens berichtet über den Stand der Initiative der Lebenshilfe Borken e.V. zur Installation eines Inklusionsmanagers in Borken. Er bedankt sich zunächst für die Bereitschaft der Stadt Borken, das Projekt als Kooperationspartner zu begleiten. Verträge zur Beschäftigung des Inklusionsmanagers bei einem freien Träger in Borken seien in Vorbereitung. Ein abschließender Bescheid über die Bewilligung der notwendigen Mittel durch die „Aktion Mensch“ liege bislang noch nicht vor. Über den Fortgang des Projektes werde er in der nächsten Ausschusssitzung berichten.

zu 7 Anteilige Förderung des Mehrgenerationenhauses durch die Stadt Borken - Antrag der DRK gGmbH vom 24.02.2016
Vorlage: V 2016/083

Frau Köttendorf stellt die Angebote des DRK-Mehrgenerationenhauses unterteilt nach den Handlungsschwerpunkten Alter und Pflege, Integration und Bildung, Freiwilliges Engagement und haushaltsnahe Dienstleistungen im Einzelnen vor.

Die vortragsbegleitende Präsentation ist zur Information der Niederschrift als Anlage 02 beigelegt.

Bereits im Laufe der Präsentation werden zahlreiche Fragen durch die Ausschussmitglieder gestellt. Die Fragen betreffen die Teilnehmerzahlen an den einzelnen Angeboten, den Umfang der Tätigkeiten von Kooperationspartnern und Ehrenamtlichen sowie auch die Verteilung von Personal- und Sachkosten. Insbesondere wird die Finanzierung kreisweiter Angebote allein durch die Stadt Borken als Kooperationspartner kritisch hinterfragt.

Der **Erste Beigeordnete Herr Nießing** macht deutlich, dass der Antrag des DRK auf eine weitere Kostenbeteiligung durch die Stadt Borken nur unter den Voraussetzungen der Kostenneutralität für den städtischen Haushalt und einer erweiterten Einflussnahme der Stadt auf die Angebote des DRK-Mehrgenerationenhauses in 2016 Aussicht auf Erfolg habe. Er spreche sich zudem dafür aus, ein Mehrgenerationenhaus in Eigenregie der Stadt Borken für die kommenden Jahre ab 2017 anzustreben.

Die Vorteile der Federführung bei der Stadt Borken werden seitens der Ausschussmitglieder hinsichtlich der Einflussnahme auf die Angebotsstruktur und die Kostenverteilung gesehen. Auch werde auf diesem Wege eine Trägerkonkurrenz vermieden.

Es wird als Ergebnis der Diskussion ein Beschlussvorschlag formuliert.

Der **stellv. Ausschussvorsitzende Herr Stumpf** lässt im Anschluss über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

1. Dem Antrag des DRK wird unter folgender Maßgabe zugestimmt: Die im Jahr 2016 im Rahmen des Mehrgenerationenhauses von Seiten des DRK geplanten Maßnahmen sind unter Federführung der Stadtverwaltung eng abzustimmen.
2. Für den Förderzeitraum ab 2017 wird die Verwaltung beauftragt sich an dem Interessenbekundungsverfahren zu beteiligen. Dem Rat wird empfohlen, die notwendigen Eigenanteile in Höhe von voraussichtlich 10.000 Euro pro Jahr zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme

zu 8 Sachstandsbericht über die aktuellen Entwicklungen der Flüchtlinge und Asylbewerber in der Stadt Borken

Herr Thies informiert an Hand einer Präsentation - der Niederschrift beigefügt als Anlage 03 – über die Entwicklung der Situation von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Borken. Er weist insbesondere darauf hin, dass nach dem Wegfall der Anrechnung der Schönstatt-Au-Unterkunft ab Mai wieder mit einer steigenden Zahl von Zuweisungen zu rechnen sei.

Auf Nachfrage von Ausschussmitgliedern hinsichtlich der Integration der Flüchtlinge in Borken allgemein und der Möglichkeit der Arbeitsaufnahme im Besonderen erläutert der **Erste Beigeordnete Herr Nießing**, dass die Verwaltung daran arbeite ein Integrationskonzept zu erstellen. In diesem Zusammenhang sei auch eine zentrale Auskunftsstelle für Fragen von potenziellen Arbeitgebern rund um das Thema Arbeit von Flüchtlingen (Arbeitserlaubnis, Mindestlohn etc.) geplant.

zu 9 Jahresberichterstattung 2015 in den Bereichen der Leistungsgewährung nach dem SGB II und SGB XII

Herr Thies stellt die Jahresberichte 2015 für die Bereiche SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) und SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) vor.

Die Präsentation ist zur Information der Niederschrift als Anlage 04 beigefügt.

Es wird deutlich, dass im SBB II – Bereich einerseits die erforderlichen Leistungen leicht rückläufig sind und andererseits die Integrationsquote in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen im Vergleich zum Vorjahr in erheblichem Umfang gestiegen ist.

Die Quote der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt nach den Bestimmungen des SGB XII – vorübergehend nicht erwerbsfähige Personen – ist nahezu konstant

geblieben. Ein langsamer, aber stetiger Anstieg ist bei der Leistungsgewährung von Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung zu verzeichnen.

zu 10 Mitteilungen und Anfragen

10.1 Bericht in der Borkener Zeitung „Mit Angst zurück nach Afghanistan“

Erster Beigeordneter Herr Nießing teilt mit, dass der Bericht einseitig die Sichtweise der dort genannten Flüchtlinge wiedergebe. Anders als dort dargestellt, sei den Betroffenen die Teilnahme an VHS-Sprachkursen und auch Gelegenheiten zur Aufnahme allgemeinnütziger Tätigkeiten angeboten worden. Er werde eine Richtigstellung anregen.

10.2 Projektstudie „Leben im Alter in Borken“

Herr Thies gibt bekannt, dass die Ergebnisse der Studie nach den Fertigstellung bekannt gegeben und veröffentlicht werden sollen.

10.3 Nächste Ausschusssitzung

Herr Thies teilt mit, dass die nächste Sitzung des AGSGI für den 23.11.2016 geplant sei.

gez.
Hubert Stumpf
Ausschussvorsitzender

gez.
Andreas Kaßner
Schriftführer